

(Abgeordneter Dr. Kaiser.)

- (A) Fälle des Streikpostenstehens und des Streikposten-terrorismus aufgewartet haben. Nun, es ist eine sehr eigentümliche Sache, wenn man sich im Parlament auf Kasuistik verlegt; denn wir haben die Erfahrung gemacht, am Donnerstag und auch heute, daß jeder einzelne Fall, sowohl wenn er von den Sozialdemokraten vorgebracht wurde als wenn er von der rechten Seite und der Regierung vorgebracht wurde, bestritten wurde, und wie wollen wir dann hier in diesem Hause ohne nähere Unterlagen, ohne daß wir in der Lage sind, durch Befragung der Beteiligten selbst die Wahrheit zu ermitteln, in dem einzelnen Falle das Richtige feststellen? Deshalb ist es durchaus richtig, wenn wir uns nicht darauf eingelassen haben, hier Einzelfälle hervorzu- ziehen und diese Einzelfälle in den Mittelpunkt zu stellen, sondern wir wissen, es gibt einen Terroris- mus, wir wissen das aus unserer Erfahrung und der- jenigen der uns nahestehenden Kreise. Wir brauchen uns deshalb nicht erst groß darüber zu unterhalten und die Debatte dadurch in die Länge zu ziehen. Und wenn Sie nun bestreiten, daß es einen Terroris- mus gibt, wenn Sie sagen: „Es kommt gar nicht vor, daß wir die Arbeitswilligen in dieser Weise be- handeln“, so wundere ich mich nur, daß Sie sich
- (B) immer so furchtbar dagegen stemmen, daß gegen diese Auswüchse vorgegangen werden soll. Da geht Sie die Sache doch eigentlich gar nichts an!

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Parität kennen wir!)

Nun hat auch der Herr Abgeordnete Krauß — oder ist es der Herr Abgeordnete Müller gewesen? — uns vorgeworfen, daß wir das Streikpostenstehen von hinten herum verbieten wollten, während die Konservativen das Streikpostenstehen durch ein Ge- setz verbieten wollten. Hierauf erwidere ich: Das ist eine Verwechslung des Streikpostenstehens und der Ausschreitungen der Streikposten. Ich will nicht das Streikpostenstehen als solches verboten haben, sondern nur verhindert haben, daß die Streik- posten während der Tätigkeit als Streikposten Aus- schreitungen begehen,

(Abgeordneter Fräßdorf: Das wollen wir auch!)

daß sie nicht als privilegiert erscheinen gegenüber den anderen Staatsbürgern, sondern unter die glei- chen Gesetze gestellt werden. Also auch hier ist wieder die Verwechslung die Grundlage des Irrtums.

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Krauß hat uns weiter vorgeworfen, daß wir mit unserem

Antrage weiter nichts wollten als die unbeschränkte (C) Herrschaft über die Kraft des Arbeiters, die er nun einmal zu verkaufen gezwungen ist. Ich habe schon von Anfang an erklärt, daß wir keinen Angriff auf die Koalitionsfreiheit beabsichtigen, und ich glaube, wenn ich Ihnen das hundertmal erkläre, werden Sie doch immer wieder behaupten, daß das nicht wahr ist.

(Abgeordneter Uhlig: Sehr richtig!)

Herr Abgeordneter Uhlig, Sie geben mir recht und stehen damit auf dem Standpunkte, man soll eine Behauptung nur immer wiederholen, wenn sie auch nicht wahr ist: Semper aliquid haeret. Etwas bleibt schon hängen, wenigstens nach außen hin.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir kennen doch die Praxis!)

Nun ist immer wieder, wenn es sich um den Schutz der Arbeitswilligen handelt, von dem Herrn Abgeordneten Krauß die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Arbeitgeber einen viel größeren Terroris- mus betrieben. Nun geben wir Ihnen ohne weiteres zu, daß auch bei den Arbeitgebern ein Terrorismus vorkommen kann, ja auch vorkommen wird. Ich gebe Ihnen auch zu, daß zum Zwecke der Erhaltung (D) der Organisation teilweise auch mit Mitteln ein- gegriffen werden muß, die wirtschaftlich hart emp- funden werden. Aber, meine Herren, wir streiten uns hier nicht um den Terrorismus der Arbeitgeber. Wir können doch die Ausschreitungen der Streikenden, die Ausschreitungen gegen die Arbeitswilligen nicht dadurch sanktionieren, daß wir sagen: Auf der anderen Seite wird auch gesündigt. Also wenn wir auch zugeben, daß auch einmal auf unserer Seite gesün- digt worden ist, so kommen wir doch nicht darum herum, daß auf der Seite der Sozialdemokratie Terrorismus getrieben wird.

(Abgeordneter Fräßdorf: Auf Ihrer auch!)

Nun wurden als Beispiel des Terrorismus der Arbeitgeber in den Vordergrund gestellt die Frage- zettel, die die Arbeitgeber unter sich haben und die die einzelnen Arbeiter ausfüllen müssen. Ja, meine Herren, so viel finde ich nun nicht darin, wenn sich die Arbeitgeber danach erkundigen: „Wo haben Sie zuletzt gearbeitet? Wieviel Lohn haben Sie bekommen? usw.“ Wenn es so weit geht zu sagen: „Warum sind Sie entlassen?“, so greift das allerdings ganz zweifellos auf das politische Gebiet hinüber, und der Arbeitgeber will sich vergewissern, ob er es mit